

Rede des umweltpolitischen Sprechers

Rainer Deppe

am 23. Januar 2013

Plenum, TOP 2: Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein- Westfalen

**Gesetzentwurf der Landesregierung: Drucksache 16/127 (LR)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt,
Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 16/1914 i.V.m. Antrag 16/1909 (CDU) Block II**

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Herr Minister Rimmel, da Sie auch Verbraucherschutzminister sind, hätten Sie das Klimaschutzgesetz gar nicht zulassen dürfen.

Denn es ist ein klarer Fall von Etikettenschwindel. Im Gesetz ist gar nicht das drin, was draußen draufsteht!

Das Gesetz, das die Mehrheit des Landtages heute verabschieden will, wird seinem hochtrabenden Namen „Klimaschutzgesetz“ in keiner Weise gerecht.

Es schützt nicht das Klima – nicht das Klima in Nordrhein-Westfalen, und schon gar nicht das Klima in der Welt.

Das ist das eindeutige Ergebnis von 2 großen Anhörungen. Da sind sich Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen, Landwirtschaft und Juristen einig.

Das aber haben die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen bis heute ignoriert.

Was den Klimaschutz angeht, ist dieses Gesetz im besten Fall ein Null-Summen-Spiel:

Europa hat sich auf einen marktwirtschaftlichen Weg zur CO₂-Reduktion, das EU-Emissionshandelssystem, geeinigt.

Für Ihren dirigistischen, auf ein einziges Bundesland bezogenen Zwang zur CO₂-Minderung ist daneben überhaupt kein Platz.

Im günstigsten Fall werden bei uns CO₂-Emissionen vermindert und in andere Länder in Deutschland oder in Europa verlagert.

Für das Klima spielt es keine Rolle, ob die CO₂-Emissionen in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz, Brandenburg oder sogar in Frankreich oder Polen in die Atmosphäre geraten.



Es gilt das gesprochene Wort!

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Ich behaupte:

Dieses Gesetz schadet sogar dem Klimaschutz, es ist gar ein Klimaschadengesetz.

Wenn es in Kraft tritt, werden aus Nordrhein-Westfalen überproportional viele Emissionszertifikate auf den Markt kommen – mit der Folge, die Zertifikatspreise werden noch weiter sinken.

Damit schwächt diese Landesregierung das europäische Emissionshandelssystem, statt es zu stärken.

Was wir brauchen, sind doch höhere und nicht niedrigere Zertifikatspreise.

Nur wenn Verschmutzungsrechte teuer sind, entsteht ein Anreiz zu Investitionen in CO₂-arme und nachhaltige Technologien.

Statt die EU-Klima-Kommissarin Connie Hedegaard und Bundesumweltminister Peter Altmaier auf diesem Weg zu unterstützen, spielen Sie mit diesem Gesetz ausgerechnet jenen in die Hände, die die europaweite Verknappung der Emissionsrechte verhindern wollen.

Schon Ihr ausschließlich Output-orientierte Ansatz ist falsch.

Da sind sich die Experten bis hin zu den Gewerkschaften einig:

Wenn in NRW die Produktion von Leichtbaustahl für leichtere Autos, von treibstoffsparenden Reifen, von Dämmstoffen oder von LED-Leuchten gesteigert wird, führt das bei Ihnen zu einer Verschlechterung der Klimaschutzes.

Dabei sparen die innovativen Produkte durch ihre Verwendung viel mehr CO₂ ein, als deren Herstellung verursacht – somit ist die Bilanz nicht wie bei Ihnen negativ, sondern positiv.

Wer tatsächlich das Klima schützen will, sollte sich schnell von Ihrer Quellenbilanz verabschieden und stattdessen auf eine positive Produktbilanz achten und den CO₂-Footprint des Transportes nicht vergessen.

Das Gesetz schadet den Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen. Der Vertreter des DGB, Achim Vanselow, hat es auf den Punkt gebracht:

Ich zitiere, mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Wir sehen ... die Arbeitsplatzeffekte in der nahen Zukunft, die mit diesem Prozess verbunden sind, doch mit einiger Sorge. ... Auf der einen Seite verlieren wir gute Arbeitsplätze. „Gut“ heißt in diesem Fall: sozialversicherungspflichtig, tarifgebunden, zu relativ guten, fairen Arbeitsbedingungen –, auf der anderen Seite wissen wir nicht genau, was wir dafür bekommen.“

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Blackbox, die dieses Gesetz bildet.

Statt Klarheit zu schaffen, schaffen Sie neue Unsicherheiten.

Gegen die Rechtssystematik schränken Sie das Abwägungsgebot, das dem Raumordnungsrecht immanent ist, in unzulässiger Weise ein.

Sie überhöhen den Klimaschutz in der Landesplanung, der Regionalplanung und der kommunalen Bauleitplanung durch einen vollkommen ungeklärten Vorrang vor allen anderen Belangen.

Besonders enttäuscht bin ich, dass die diesbezüglichen Bedenken des Regionalrates Köln, die von CDU, SPD und FDP gleichermaßen getragen wurde, bei Ihnen vollkommen ungehört geblieben sind.

Da, wo es dringend nötig wäre, nämlich die Energiewende in Nordrhein-Westfalen voran zu bringen, hilft dieses Gesetz überhaupt nicht weiter.

Genauso wie wir sehen das übrigens auch die Gewerkschaften. Ich zitiere aus der Anhörung vom 25. Oktober 2012 Waldemar Bahr von der IGBCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie):

„Zu der Frage, ob das Klimaschutzgesetz etwas für die Bereiche bringt, die für die Energiewende wichtig sind, wie Netzausbau etc.: Das Klimaschutzgesetz selber trägt erst einmal nichts dazu bei.“

Herr Minister Rimmel: Sie haben in der letzten Woche gesagt, es gehe um eine gesellschaftliche Leitentscheidung für den Klimaschutz.

Die Leitentscheidung ist in Deutschland längst gefallen.

Wir können uns streiten ob wir den Beitritt zum sog. Berliner Mandat 1995, oder das Kyoto-Protokoll 1997, oder Ratifizierung 2002 als Datum für die Leitentscheidung in Deutschland nehmen. Das ist müßig. Tatsache ist, dass seit mehr als 15 Jahren der Klimaschutz in Deutschland politischer und gesellschaftlicher Konsens ist.

Schon an diesen Daten kann jeder sehen, dass Klimaschutz lange vor Ihnen begonnen hat.

Die CDU hat hier wahrlich keinen Nachholbedarf. Wir wissen, dass die Umweltwirtschaft bereits die dynamischste Wachstumsbranche in Deutschland ist.

Wohlverstandener, geschickt initiiertes Klima- und Umweltschutz führt zu wirtschaftlichem Wachstum und großen Exporterfolgen.

Dazu leistet Ihr Gesetz aber keinen Beitrag.

Deutschland hat seine Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll eingehalten. Mit diesem Gesetz wird es keinen Tag schneller gehen.

Vor einigen Wochen am 28.11.2012 haben wir über die von Ihnen immer noch zurückgehaltene Prognos-Studie debattiert.

Mittlerweile sind aber Einzelheiten über die Medien in die Öffentlichkeit gelangt.

Nehmen Sie sich diese Studie zu Herzen.

Dort steht in entwaffnender Eindeutigkeit:

Wenn Sie die Klimapolitik der Bundesregierung in NRW nur umsetzen würden, würden Sie die Klimaziele erreichen.

Da hat der DGB-Vertreter in der Anhörung doch Recht, der seinen Landesbezirksleiter zitierte: „Wir brauchen eigentlich kein Klimaschutzgesetz“.

Recht hat er.

Dieses Gesetz schützt nicht das Klima, aber es gefährdet die Arbeitsplätze in NRW.

Nur wem das gleichgültig ist, der wird heute diesem Gesetz zustimmen.